

HALT

HALT Nr. 154 2017

Herausgeber / f. den Inhalt verantwortlich: Göran Holming / S-23010 Skanör, Ostergatan 59; Satz, Druck, Versand: Gerd Honsik

Das Wiener Schuldbekenntnis Straches bedingungslose Kapitulation

Als ich 1971 auf dem Parteitag der NDP in Linz zum ersten Mal vor dem Kalergi-Plan warnte, wies ich darauf hin, daß die Politik der „Gastarbeiter“ jeglicher wirtschaftlicher Logik entbehre. Dabei führte ich ins Treffen:

1. Einer modernen Industriegesellschaft kann durch ungelernete Hilfsarbeiter nicht gedient werden.

2. Der Begriff „Arbeitskräftemangel“ beschreibt einen anzustrebenden Zustand für jede Volkswirtschaft. Denn zum Unterschied etwa von Kapital-, Rohstoff- oder Ideenmangel beschreibt der „Arbeitskräftemangel“ einen paradiesischen Überfluß: Überfluß an Aufträgen für die Unternehmer, Überfluß an Arbeitsangebot für die Arbeiter und den stetigen Zwang zur Rationalisierung. (Siehe Japan! Warum brauchte die japanische Wirtschaft keine Gastarbeiter? Von Asylanten ganz zu schweigen.)

Ich erkannte also sehr früh und artikulierte dies vielleicht als Erster im deutschen Raum, daß es sich bei der Gastarbeiterinvasion nicht um eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern um eine bevölkerungspolitische Maßnahme handelte. Eine bevölkerungspolitische Maßnahme, wie sie zu den zentralen Kriegszielen der USA im Zweiten Weltkrieg gehörte und in den rassistischen Völkermordplänen des Antifaschismus, also dem Hooton-Plan, dem Morgenthau-Plan, dem Kaufman-Plan, dem Nizer-Plan ... und dem Kalergi-Plan festgeschrieben ist!

Meine Parteikameraden hielten mir damals (vor 46 Jahren) entgegen, daß es noch zu früh wäre, die Lage so dramatisch einzuschätzen.

Als ich in Österreich Jörg Haider kritisierte, weil seine schwarzblaue Koalition entgegen aller Versprechen die Einwanderung – nun bereits unter dem Etikettenschwindel „Asyl“ – weiter ungebremst zuließ und schließlich gar den Anschluß der Türkei an die EU verlangte, hielten mir Parteikameraden vor, den Mann doch in Ruhe arbeiten zu lassen.

Es wäre noch zu früh, ihm Böses zu unterstellen. (Später stellte sich heraus, wie in den Parlamentsprotokollen jederzeit ausgehoben und nachgelesen werden kann, – 19. und 20.5.1999, Wortmeldung von Parlamentspräsident Andreas Khol –, daß Haider schon jahrelang eine führende Rolle in Kalergis Paneuropa-Bewegung gespielt hatte.

Aus der jungen FPÖ war über Nacht eine Altpartei geworden. Dann kam Strache, und auf ihm ruhten all unsere Hoffnungen. Und man konnte Zeuge einer Metamorphose sein, wie sie Tolkien in seinem Roman „Der Herr der Ringe“ beschreibt. Je näher er der Macht kam, um so mehr welkte H. C. dahin: in seiner Haltung, in seinen Reden, in seinem Auftreten. Ein treuer Kamerad, mit dem zusammen ich damals (ich aus Spanien) nach Kräften für Strache und seinen gelungenen Rettungsversuch der FPÖ Stimmung gemacht hatte, tadelte mich kürzlich sinngemäß mit den Worten: „Strache ist doch die einzige Hoffnung. **Es wäre noch zu früh ...**“

Hoffnung worauf? Und ist es wirklich noch zu früh? Oder ist es nicht eher zu spät?

Straches bedingungslose Kapitulation: Das „Wiener Schuldbekenntnis“!

Woran man Strache erkennt:

Nie zuvor in der Geschichte von FPÖ und VdU hat ein Parteiboss auch nur ein einziges Mal von einer „besonderen Verantwortung“ gesprochen, die uns (Österreichern bzw. Deutschen) „aus unserer Geschichte“ erwüchse. Die Verwendung



Ernst Zündel ist tot: Ich darf sein Lebenswerk nicht preisen, aber ich darf um ihn trauern! Und seiner treuen Frau Ingrid, die während jahrzehntelanger Trennung trotz Kerker und Einreiseverbot zu ihm hielt, mein Beileid von ganzem Herzen ausdrücken. Das Bild zeigt mich 1987 bei meinem Besuch in Toronto. Damals berichtete ich in „Halt“ darüber: **„Ich war in Zündels Hauptquartier. Dort traf ich Deutschlands ersten Revisionisten. Als ich die Heimreise antrat, ließ ich einen treuen Freund zurück!“**

dieses antifaschistischen Vokabels war bisher den Dienern der alliierten Umerziehung vorbehalten gewesen. Doch Strache tat es, und es ist dies ein Kotau vor der Politik der USA gewesen, von der nachweisbar der Druck zur immerwährenden kompensatorischen Immigration in Europa ausgeht! („Der Juden III. Reich? Halt dem Kalergi-Plan!“, Bright-Rainbow-Verlag, La Mancha 2003, Seite 67.)

Warum es „eine besondere Verantwortung“ der Österreicher – für welche Geschehnisse in der Geschichte auch immer – nicht geben kann:

- Weil es auch für andere Ethnien keine „besondere Verantwortung“ gibt, die aus Verbrechen Einzelner erwachsen sind. Man denke etwa an die 60 Millionen Mordopfer des Sowjetkommunismus!

- Weil unserer Generation gar keine Verbrechen unterstellt werden,

- weil auch die Generation der Großväter etwa vom „Holocaust“ (und nur um den geht es ja natürlich auch beim „Wiener Schuldbekenntnis“) keine Schuld auf sich laden konnte, da sie vom Standardvorwurf nicht wußte. (Haben doch die US-Geheimdienste erst Monate nach dem Krieg vom Holocaust erfahren und hat doch Frau Prof. Erika Weinzierl vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien festgestellt, daß nur 200 Menschen in das, was man „Holocaust“ nennt, eingeweiht gewesen sein sollen.)

- Weil die bloße Blutsverwandtschaft der Österreicher etwa mit Adolf Eichmann über die bajuwarischen Ahnen nicht ausreicht, um eine „kollektive Schuld“, und daher schon gar nicht ausreicht, um eine kollektive Verantwortung nach sich zu ziehen. Eine solche „Blut- und Boden-Verantwortlichkeit“ wäre auch zutiefst rassistisch: eine rassische „Erbsünde“! Öffnet doch, Prediger wider Antisemitismus, in Eurem ureigensten Interesse bloß nicht diese Büchse der Pandora!

Strache hat aus der Geschichte nichts gelernt

Wo und wann denn H. C. Strache und seine bedingungslosen „Kapitulatoren“ diesen verantwortungslosen Unsinn von „**unserer kollektiven historischen Verantwortung**“ unseres

kollektiv unschuldigen Volkes der Öffentlichkeit vorgaukelten? Schauen Sie sich bitte auf „Youtube“ die Sendung „Haben wir aus der Geschichte gelernt?“ an! (Symposium „Haben wir aus der Geschichte gelernt? Neuer Antisemitismus in Europa“, Grand Hotel, Kärntner Ring, Wien, 7.11.2016: <https://www.youtube.com/watch?v=r5DhgcfGku4>, „Komplettaufzeichnung: Haben wir aus der Geschichte gelernt? - Neuer Antisemitismus in Europa.“) Da legen Strache und sein Team ihr „Wiener Schuldbekennnis“ ab und sie beladen damit unser Volk mit ihrem falschen Geständnis. Und sie stoßen damit in das Horn jener Historiker, die alles Unrecht nach dem Krieg, wie Vertreibung, Ausmordung und Umvolkung ungesühnt haben sein lassen mit dem Hinweis auf „unsere besondere Verantwortung“! Und vor wem erniedrigte und entblößte sich das H. C.-Team? Vor den reuelosen Vollstreckern von Landnahme durch Migration im 21. Jahrhundert, nämlich vor israelischen Politikern, denen dieses Schauspiel geboten worden war. Kein Kreisky, kein Raab und kein Gorbach hätten derartiges getan! Nun brach mit Straches „Wiener Schuldbekennnis“ der letzte Damm!

Im Zuge dieses öffentlichen Auftritts durfte ein Knesseth-Abgeordneter auch seine Auffassung von „Antisemitismus“ definieren: nämlich als Kritik am Zionismus und Kritik an Israel! Das üble Spiel, das darin besteht, Kritik an Juden mittels der Antisemitismus-Keule zu unterbinden, wiederholte sich. Darauf keuchte Strache geflissentlich: „Bei uns hat Antisemitismus keinen Platz!“

Diese Aussage ist natürlich völlig inhaltslos: Handelt es sich bei „Antisemitismus“ doch um eine weit verbreitete Grundstimmung, latent in allen Lagern und Völkern, so wie etwa antideutsche Ressentiments unter Juden von Israel bis Hollywood latent sind. Solche Ressentiments kann man nicht verbieten oder durch Parteiausschlüsse ausrotten, man kann ihnen nur unaufgeregt – so wie ich es seit 50 Jahren vorexerziere – entgegenreten.

Im übrigen: Ich glaube, daß Strache mit seiner falschen These von der „besonderen Verantwortung der Österreicher“ ungewollt einen neuen Antisemitismus beflügeln könnte. Denn wenn Österreicher wegen der bloßen Blutsverwandtschaft etwa mit dem angeschuldigten Adolf Eichmann eine „besondere Verantwortung“ tragen, dann werden Antisemiten im Umkehrschluß fragen, welche Ethnie dann „besondere Verantwortung“ für die Verbrechen von Roosevelt, Morgenthau, Ehrenburg und Beria trägt! Und für die 30 Millionen Mordopfer Stalins! Wie kann man bloß so verantwortungslos sein, die Büchse der Pandora durch ein Bekenntnis zu einer ethnisch ererbaren Verantwortung öffnen zu wollen!

Der Stern unseres „Nazi-Jägers“ ist im Sinken

Aber „keinen Platz“ haben in der Strache-FPÖ ja auch viele, die keine Antisemiten sind. Und natürlich auch keine „Nazi“. Wie etwa die untadeligen Ex-FPÖ-Abgeordneten Klement, Königshofer, Stadler, Rosenkranz und Hübner, so wie der wackere Gurker Bürgermeister Kampl, die gefeuert oder kalt gestellt worden sind!

Obwohl Straches Exekutionsmaschinerie unblutig arbeitet, Machiavelli hätte an dessen blitzartigen Abschlußverfahren seine helle Freude gehabt! Weniger Freude dürfte das Wahlvolk an Straches Verfolgungseifer haben. Als „Partei der Verfolgten und Ausgegrenzten“ nach dem 2. Weltkrieg gegründet, ist dort für politische Verfolger wenig zu gewinnen. Straches Höhenflug ist zu Ende. Und das ist gut so.

Was dürfen wir von Strache also erwarten an Widerstand gegen die Politik der Systemparteien, mit denen zu koalieren er bettelt und dafür seine Mehrheit opfert?

Verzeiht mir, Kameraden, wenn ich meine: Nichts!

Kommt da etwa jetzt wieder einer, der mir sagt, daß es zu früh ist zur Kritik?

Der Weg zum Abgrund wird nicht süßer, wird man dahin von einem Vizkanzler in spe geleitet! Von Geschichtsfälschern kann kein Heil kommen! Strache hat mit seinem „Wiener Schuldbekennnis“ wie zuvor schon mit seiner Befreiungs-Lüge und der Teilnahme an der politischen Verfolgung im Lande, den Rubikon überschritten.

Damit ist er Teil des untergehenden Systems geworden, das zu ändern sich seine Wähler erhoffen. Ich für meinen Teil sage: „Halt!“ „Halt“ für immer.

Gerd Honsik

**„Halt“ hat keinen Preis,
deshalb braucht es immer wieder
Ihre Spende!**



Im Bild: Rechtsanwalt Dr. Johannes Hübner. Weil er einst in einer Rede auf die jüdische Abstammung des Schöpfers der österreichischen Verfassung, Hans Kelsen, hinwies, erhob sich in der „Öffentlichkeit“ ein Sturm der Entrüstung. Daraufhin verzichtete Dr. Hübner „freiwillig“ darauf, erneut für die freiheitliche Partei zu kandidieren. Damit hat die FPÖ-Fraktion ihren besten Redner und klügsten Kopf verloren. Daß Kelsen keineswegs von Hübner getadelt worden war, spielte keine Rolle. Österreich ist nämlich der einzige Staat, der aus den Mittelmächten der beiden Weltkriege hervorging, in dem das Volk einen Präsidenten wählen darf, der notfalls auch Macht hat. Man darf also die jüdischen Wurzeln eines Mannes in Österreich auch dann nicht mehr erwähnen, wenn derselbe gelobt wird. Ich als Schwede halte mich nicht an dieses Regelment. Ich werde auch weiterhin, egal ob ich von einem Verbrecher oder einem Helden spreche, den kulturellen und ethnischen Hintergrund der betreffenden Person benennen.

Göran Holming, Schwedischer Major a.D.

Das Verbrechen der Integration!

An den Inquisitor der Integration

Alle Parteien fordern Integration gebetsmühlenartig ein, ohne zu bedenken: Integration ist ein Verbrechen, wenn sie mittels Zwang (etwa Schulpflicht) erzwirkt wird.

Ein Verbrechen zuerst an den Flüchtlingskindern, denen durch das Aufzwingen einer fremden Muttersprache die Heimkehr nach Wegfallen des Fluchtgrundes erschwert wird. (Bürgerkriege dauern im Durchschnitt nur 18 Monate).

Dieses Vorgehen der Brüsseler Regime zeigt, daß man in den Flüchtlingen in Wahrheit Siedler sieht, getrieben auch von der Illusion, daß diese einst die Altersversorgung unseres, durch gezielte Benachteiligung der Mütter, überalterten Volkes übernehmen würden. So wollen die Brüsseler Vasallen denn durch das Verbrechen der Integration den Flüchtlingen den Rückweg in die Heimat abschneiden. Ein Verbrechen stellt die „Integrationspolitik“ aber auch an der bestehenden Rechtsordnung dar, die den Nationsbegriff kulturell-biologisch, also genealogisch, nach Abstammung und Muttersprache definiert. (Siehe dazu im Anhang Entscheidung des OLG Linz und Meinung der Rechtslehre).

Dazu richten wir an Minister Kurz, Österreichs Integrations-Inquisitor, die folgende Frage:

Wenn Sie, Herr Kurz den Artikel 8 Absatz 2/d der UN-Resolution zum Schutze der indigenen Völker gekannt hätten, der da besagt, daß jede Form der Zwangsintegration verhütet werden muß, hätten Sie dann ohne mit der Wimper zu zucken, ebenfalls das Amt des Integrations-Staatssekretärs und Ministers angenommen?

Auch im Hinblick darauf daß die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen Zwangsintegration als Genozid klassifiziert? Oder aber würden Sie Ihr bisheriges rücksichtsloses Treiben, welches die Flüchtlingskinder um die Muttersprache betrügt und deren Wiedereingliederung nach der ersehnten Repatriierung erschwert, bereuen und sich dafür öffentlich entschuldigen?

Prof. Guido Raimund

Anhang: In einer Entscheidung zu § 283 StGB Verhetzung befaßte sich das Oberlandesgericht Linz mit den Begriffen Volk und Rasse: „Volk ist im ethnischen Sinn zu verstehen, und zwar als Vielzahl von Menschen, die unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und damit Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staat, durch das gemeinsame geistige und kulturelle Erbe, die gemeinsame genealogische Wurzel, die gemeinsame Sprache und gemeinsame Geschichte zu einer sozialen Einheit verbunden sind... Rasse ist im biologisch-anthropologischen Sinn zu verstehen.“ (OLG Linz, Entscheidung 9 Bs 317/95) Siehe dazu auch die Meinung der Rechtslehre. Foregger, Strafgesetzbuch (StGB) samt ausgewählten Nebengesetzen. Mayerhofer: „Das österreichische Strafrecht 1. Teil.“

In der Affaire Fröhlich:

Honsik wendet sich an den Ex-Grünen Peter Pilz

Betrifft: Freilassung Fröhlichs!

Warum ich mich, wenn es um die Freilassung meines Freundes Dipl.-Ing. Wolfgang Fröhlich geht, gerade an Sie wende?

Warum ich mich in der Affaire Fröhlich nicht an die Strache-FPÖ halte? Wo es doch die Strache-FPÖ ist, die den Liberalismus, an den hier appelliert wird, im Parteinamen trägt? Wo doch Fröhlich aus Straches FPÖ kommt und deren Bezirksrat war? Ich meine, es wäre es für jede im Parlament vertretene Partei rühmlich, für die Freilassung eines Mannes einzutreten, der in einer Demokratie des Westens – noch dazu wider geltendes Recht – wegen seiner Meinung zu einer 14jährigen Kerkerstrafe verurteilt worden ist. („Rechtskräftig“ – was sonst?). Und der bereits zwölf Jahre „verbüßt“ hat.

Aus wenigstens drei Gründen fiel meine Wahl auf Sie:

I.) Sie leiden nicht wie H. C. unter dem Liebesentzug der Altparteien. Sind Sie es doch gewohnt, daß keiner Sie mag!

II.) Sie waren im Jahre 1992 Landtagsabgeordneter in Wien und Bundessprecher der Grünen Partei, als das NSDAP-Verbotsgesetz (u.a. mit Einführung des § 3h) novelliert wurde, wobei der Gesetzgeber – wie aus den sogenannten Gesetzesmaterialien hervorgeht – die Strafe für derartige Propagandadelikte statt in Jahren „in Monaten“ bemessen wissen wollte!

(JAB, 387 der Beilagen zu den Sten. Prot. des NR XVIII. GP: „... Kriminalpolitisch denkbar wäre durchaus eine Untergrenze von sechs Monaten, ja sogar die völlige Beseitigung einer Untergrenze ...“ Sten. Prot. S. 6136: Der ursprüngliche Antrag der SPÖ hatte „nur einen Strafrahmen von bis zu einem Jahr beziehungsweise eine Geldstrafe vorgesehen“. Dr. Graff (ÖVP) beruft sich bei der Senkung des Strafsatzes auf Simon Wiesenthal, S. 6136: „mit sechs Monaten“. Im gleichen Sinne äußern sich auf S. 6140 Dr. Gugerbauer, auf S. 6153 Justizminister Michalek, auf S. 6154 Dr. Hlavac. Dr. Korosec fordert auf S. 6156 „die Tugend des Maßes“ ein und warnt vor „unangemessen schwere[n] Strafen“. Dr. Frischenschlager auf S. 6159/6160: „... Mißbrauchsgefahr ... Wissenschaftsfreiheit ...“ Die hohe Obergrenze des Strafrahmens würde nur im Hinblick auf das Ausland – um dort keinen falschen Eindruck zu erwecken – belassen werden. S. 6132: „im Sinn unseres Ansehens im Ausland“, ähnlich S. 6153, 6156, 6196. JAB, S. 3: „um kein ‚falsches Signal‘ zu geben“ usw.)

III.) Sie haben es nicht nötig wie Ihr Kollege H. C. (und es entspräche wohl auch nicht Ihrem Naturell), sich vor der vom Gesetzgeber als falsch erkannten Meinung Fröhlichs zu distanzieren, da Sie durch Ihre Vita über jeden Verdacht einer Sympathie für die Meinung des Delinquenten erhaben sind. So könnten Sie sich denn zurücklehnen und gemäß dem Standpunkt Voltaires („Ich mißbillige, was Sie sagen, aber ich werde bis zum Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen“, E. B. Hall 1906 in „The Friends of Voltaire“) gefahrlos auf die beispiellos bestialische politische Bestrafung dieses Meinungstäters hinweisen. Und Sie könnten sich dabei noch auf den mißachteten Willen des Gesetzgebers sowie die Grundsätze der Vereinten Nationen berufen.

Aus allen politischen Lagern würden Ihnen, wenn denn der Fall der breiten Masse bekannt würde, die Sympathien der Mensch-Gebliebenen zufliegen!

Aber daß Sie mich nicht falsch verstehen: Nicht die Begnadigung meines Freundes Dipl.-Ing. Wolfgang Fröhlich will ich beantragen wissen. Wenn durch Ihr Einschreiten in der Affaire Fröhlich überhaupt irgend jemandem Gnade zuteil würde, dann den verblendeten Politikern des schuldigen Regimes der Maria Bergers, der Bandion-Ortners, der Wolfgang Brandstetters“ und von Typen wie Irmgard Griß, die nicht begreifen wollen, daß deren Beitrag zu der einmaligsten, bestialischsten politischen Verfolgung des Jahrhunderts für alle Zeiten als eine untillgbare Hypothek mit ihrem Namen verbunden bleiben wird.

Sie, Herr Pilz, wissen, daß Jus keine Wissenschaft ist.

Die Justiz des Kaisers, des Ständestaates, des Führers und die der alliierten Kollaboration unserer Tage hat alle Art von politischer Verfolgung vollstreckt, oft durch dieselben Seilschaften, die eben noch dem vorhergehenden Regime gedient hatten, mittels kunstvoller juristische Formulierungen begründet und so dieser Verfolgung „Rechtskraft“ verliehen.

Also werden sich die Herren (und Herrinnen) unserer zeitgeschichtlichen Justiz, wenn Sie als Abgeordneter sie mit diesem Fall konfrontieren wollten, wohl auch zur Beendigung der Affaire Fröhlich“ – dessen bin ich gewiß – etwas einfallen lassen, um das Gesetz zu wahren, den Gefangenen zu befreien, indem sie die juristische Nichtigkeit von Fröhlichs nunmehr zwölfjähriger Meinungshaft kunstvoll begründen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Honsik

**„Halt“: Das kleinste Blatt,
die schärfste Klinge!**



Im Bild: Frau Ursula Haverbeck, geb. 1928, Studium der Pädagogik, der Philosophie, der Sprachwissenschaft.

Ich kann nicht leugnen: Die bald neunzigjährige deutsche Humanistin bestreitet den sogenannten „Holocaust“ und wurde dafür zu insgesamt fast vier Jahren Kerker verurteilt. Mich stört dabei, dass a.) alle Beweise im Zuge der Verfahren untersagt wurden, b.) dass eine so betagte und gebildete Frau wegen ihrer Meinung, sollte sie auch falsch sein, zu derart bestialischen Gefängnisstrafen verurteilt wird und dass man c.) für die Schandurteile als Vorwand „Volksverhetzung“ vorschützt, obwohl die gütige Philanthropin niemals gegen irgend jemanden „gehetzt“ hat.

Göran Holming, schwed. Major

Weg ohne Wiederkehr: Wer aus taktischen Gründen seine Wegbereiter, seine Ideale, seine Wähler und sein Volk verrät, der landet für immer in der „Schmuddelecke“ der alliierten Kollaboration.

Warum sich in Österreich mit „Nazijagd“ keine Wahlen gewinnen lassen!

Erschreckend war seinerzeit die Umfrage vom 8.3.2013 für die Zeitung „Der Standard“, die ergab, daß es in Österreich noch (oder schon wieder?) 42 Prozent der Bevölkerung wagen, über die Zeit des Nationalsozialismus Gutes zu sagen, obwohl für solche Unbeherrschtheit, sofern öffentlich getan, vom Gesetzgeber nach dem NS-Verbotsgesetz bis zu 20 Jahre Kerker vorgesehen sind, und es waren darüber hinaus, was rechtlich nicht ahndbar ist, gar 61 Prozent, die statt der bestehenden Ordnung den „starken Mann“ vorzogen, also offenbar den Diktator, der, ohne Parlament und Parteien zu fragen, regieren kann, jedoch anstatt nun dieser schweigenden Mehrheit mit geistigen Mitteln zu begegnen, rufen Politiker und deren Medien dazu auf, Freunde, Arbeitskollegen und Nachbarn zu denunzieren, wobei selbst der Sohn den Vater und die Schwester den Bruder auszuspähen und ans Messer zu liefern aufgerufen bleibt, was jedoch, wie die Geschichte lehrt, der falsche Weg (via mala) ist, und es zeigt sich, daß diese Form der „Nazijagd“ Politikern – wie etwa H. C. Strache –, die sich bei dem Halali besonders hervortun, zwar Ansehen im Ausland, doch keinen Stimmengewinn bringt, ja nach Adam Riese gar nicht bringen kann, und man muß fürchten, daß die Denunzianten für den Wind, den sie säen, am Ende einen Stimmenverlust als Ernte werden einfahren müssen.

Gerd Honsik



Merkel: „Mir nach, Lemminge, in den Untergang!“ Muß Deutschland sterben?

Im Westen nichts Neues? Der G20-Gipfel von Hamburg:

Die von Völkern zu Führern erkoren,
nahmen furchtlos einst im Gedränge
ein Bad in der Menschenmenge –
man nennt sie heut’ „Diktatoren“ –
wie Castro, der einst getreten
zum Volke hinab die Stufen, –
und ich hörte ihn furchtlos rufen:
„Mich schützen Millionen Macheten“ .
Doch heute ist Krieg,
und ein Heer schützt die Paläste,
denn es läßt Frau Merkel zum Feste
die Globalisten der Welt,
um jene Probleme zu lösen,
die einzig sie selber gewesen,
dazu tobt voll maßlosem Hassen
der Schwarze Block auf den Straßen,
der Mob, den sie selber erfunden,
mittels dem sie bis noch vor Stunden
die Opposition gejagt,
doch nun sind es Spießer, die rennen,
und Läden und Fahrzeuge brennen
indessen drängen die Reichen –
blind für die Omen und Zeichen –
um die Todesmutter in Rot,
um die mit dem prallen Arsch,
umschmeichelt von dicken Hosen,
und es blasen die Rothschilds den Marsch
von Volks- und von Vaterlands Tod,
und getanzt wird auf sinkendem Kahn
um das Kalb in gottlosem Wahn,
und Schwefelstunk steigt aus den Tiefen,
und an die Tore rennen schon an
die Geister, die selber sie riefen.
Gerd Honsik

**Spenden werden auf Wunsch einzelner Leser
nur über Aufforderung bestätigt.**

Zweimal Wochenkommentar in je einem Satz **EU-Austritt ist die erste Bürgerpflicht!**

Der Austritt aus der EU muß vollstreckt werden, solange er noch erlaubt ist,

- **will man den Bauern retten, den der Globalismus mit den kanadischen Weizenbaronen um 14 Cent das Kilo Brotgetreide in Wettstreit treten läßt,**
- **will man unseren Arbeiter schützen, der im Wettstreit mit den Migranten sinkende Löhne empfängt,**
- **will man den Unternehmer retten, der im Wettstreit mit China seinen Betrieb schließen muß,**

und wenn dann der Staat wieder ermächtigt ist, seine Schutzfunktion (Protektion) wahrzunehmen, dann wollen wir die beiden Trojanischen Pferde des Globalismus schlachten, die scheinheilig gegen den „Protektionismus“ gewettert haben, nämlich die Lügenpresse und die politischen Parteien, indem wir sie ihrer Protektion für immer entblößen, – jener Protektion, die sich die Doppelzüngigen im Dienste des Verrates am Vaterland aus unseren Steuergeldern in Form von Presse- und Parteienförderung in betrügerischer Absicht selbst überwiesen haben.

Ist Merkel-Regime gar keine Regierung, sondern nur eine NGO der Soros-Rothschild-Bande?

- **Unter zynischer Mißachtung** des Prinzips der Gewaltentrennung wird in der BRD vom Justizminister, also von der exekutiven Gewalt, die Liste jener politisch als korrekt eingestuft Richter erstellt, um diese sodann dem Parlament als Bundesrichter vorzuschlagen,
- **wie in Diktaturen üblich** übt in Westdeutschland die Rolle des Ermittlungsrichters (Untersuchungsrichters) – wie er in Demokratien wie etwa in der Schweiz, Frankreich oder Spanien selbstverständlich ist – der parteiische und weisungsgebundene Staatsanwalt aus,
- **die Pflicht, ein Verhandlungsprotokoll zu führen,** existiert in der BRD ebenfalls nicht, so daß die Prozeßwirklichkeit nach Belieben von politisch korrumpierten Richtern verfälscht werden kann – wie etwa seinerzeit im „Fall Weise“, wo aus aller Welt etwa 20 Entlastungszeugen angereist waren, die von dem Schandrichter ignoriert wurden, so daß dieser das Urteil von „lebenslanger Haft“ später mit der rechtskräftigen Lüge begründen konnte, „der Angeklagte hätte keine Entlastungszeugen beibringen können“–,
- **des weiteren ist das Führen von Beweisen in politischen Verfahren zumeist verboten,** die „bedingte Entlassung – den Kriminellen zugestanden – wird politischen Gefangenen vielfach verweigert,
- **die Justiz ist generell auf dem linken Auge blind** und wittert die Gefahr, die in Wahrheit von der Regierung selbst und dem von dieser geduldeten „Schwarzen Block“ kommt, von „rechts“, und dieses Regime der BRD, in der die hier geschilderten Zustände herrschen, erfrecht sich nun, die Justizreform im Nachbarland Polen mit gespielter moralischer Entrüstung zu tadeln, und sie erweckt damit den durch Schäubles Geständnis, daß Deutschland seit 1945 seine „Souveränität noch nicht zurückerhalten habe“, erhärteten Verdacht, daß es sich bei dem „Merkel-Regime“ gar nicht um eine tatsächliche Regierung, sondern vielmehr um eine „NGO“ der Soros- und Rothschild-Bande handelt.

**„Halt“ hat keinen Preis,
deshalb braucht es immer wieder
Ihre Spende!**
Bitte beiliegenden Zahlschein oder Briefumschlag
verwenden!